

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Vertriebspreis: 25 Pf. 241
Nur für Nachbestellungen: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Bezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Zustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Offerteneinladung 10 Pf., Ausm. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 4
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichardt in Dresden
Postfach-Rente 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die ostasiatische Weltkriegsgefahr.

Die chinesische Krise als Quelle möglicher kontinentaler Verwicklungen.

Ein Kreditbetrugsprozeß in München. — Italien wünscht Ausdehnung der Völkerbundsuntersuchung über ganz Südslawien.

Eine Rede Rykows.

Moskau, 30. März. In einer Rede auf dem Moskauer Gouvernements-Rätekongreß erklärte Rykow zu den Ereignissen in Pankung: Wenn auf einem Gebiet der internationalen Politik Kanonen zu sprechen beginnen, so gibt es genug Gründe zur Besorgnis. Bei der gegenwärtig überaus verwickelten internationalen Lage kann eine derartige Einwirkung in die inneren Angelegenheiten Chinas einen großen Krieg in China hervorrufen, der seinerseits in seiner logischen Entwicklung zur Quelle von Verwicklungen nicht allein auf dem ostasiatischen Kontinent, sondern auch in der ganzen Welt werden kann. Für die Sowjetunion besteht die Gefahr darin, daß feindliche politische Gruppen zu bewirken suchen, daß zur Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung in China und anderen Ländern in erster Reihe die Moskauer Revolution unterdrückt werden müsse. Gegenwärtig kaum ziemlich sicher angenommen werden, daß direkte Kriegsabenteuer gegenüber der Sowjetunion und eine eventuelle Intervention auf deren Gebiet in nächster Zeit wenig wahrscheinlich sind.

Zu den englisch-russischen Beziehungen

erklärte Rykow: Obwohl englische Regierungsvertreter amtlich hartnäckig behaupten, persönlich sachliche Verhandlungen zur Organisierung eines sowjetfeindlichen Blocks geführt zu haben, so werden dennoch die Versuche, einen derartigen Block zu bilden, kaum von irgend jemandem angezweifelt. Vielleicht freud Chamberlain tatsächlich nicht die Schaffung eines sowjetfeindlichen Blocks an, sondern ist womöglich sogar bemüht, einen sowjetfreundlichen Block zu schaffen. Jedenfalls bestätigen alle seine Maßnahmen hinsichtlich der Entwicklung der englisch-sowjetischen Beziehungen diese Behauptungen nicht. Ferner fühlen sich alle, die den Sturz der Sowjetmacht anstreben, hierin mit Chamberlain vollkommen solidarisch. Wir sind am wenigsten dafür verantwortlich, daß eine derartige Lage entstanden ist.

Dreifacher Angriffsplan Tschangkaischeks.

London, 30. März. Tschangkaischek erklärte in einem Interview mit britischen und amerikanischen Pressevertretern, daß er die allgemeine Mobilisierung beabsichtigt habe. Sein Heer will er in kurzer Zeit um 300 000 Mann verstärken. Momentan würden noch Zivilisten der Kantone in den Städten südlich des Jangtse festgehalten. Tschangkaischek meinte, daß die Verhandlungen mit dem Norden zu keinem Erfolg führen würden. Tschangkaischek sei unzuverlässig.

Die Truppen der nördlichen Befehlshaber würden nur noch wenig Widerstand leisten. Es sollen drei Korpsheere gegen den Norden statfinden. Der wichtigste sei entlang der Küste durch die Provinz Schantung. Ein zweiter Vorstoß ist von Nanjing an der Bahn nach Peking zu erwarten.

Peking werde also von zwei Seiten angegriffen werden. Die dritte Offensive richte sich gegen Soan.

Gefährdete Lage der Ausländer in Hankau.

Hankau, 30. März. Der Aufenthalt der Ausländer, namentlich der Briten, in Hankau ist infolge kommunistischer Terrors unmöglich geworden. Einige Engländer, die sich noch in Hankau aufhalten, bleiben in der Nähe des Ufers, um die Stadt im Fall einer Gefahr schnell verlassen zu können. Selbst der amerikanische Konsul ist gezwungen, am Ufer zu wohnen. Die gemäßigteste Richtung innerhalb der Kuomintang-Partei und auch der Einfluß des Ministers Tschang sind vollkommen untergeordnet. Die ausländischen Banken müßten infolge unzulänglicher Forderungen des Personals schließen. Das politische Bureau verhindert das Erscheinen aller kommunistenfeindlichen Zeitungen. (W. F. B.)

Japans Zurückhaltung gegenüber China.

London, 30. März. Wie den „Times“ aus Tokio berichtet wird, hat sich das japanische Kabinett entschlossen, sich der Politik der Vereinigten Staaten und Großbritannien bei den Verhandlungen über die Pankung-Überfälle anzuschließen. Die japanische Haltung in China wird illustriert durch die eigenartige und ausgesprochene Mäßigung der Pressekommentare über die Pankung-Überfälle durch die „Action“ des Barons Salazaris, eines sehr erfahrenden und in der Regel der Politik des Außenministers Baron Shidehara kritisch gegenüberstehenden Parlamentsmitgliedes. Salazaris warnt davor, eine harte Politik in China zu verlangen und betont weiter, daß die Befragung der Uebelthäter, Entschuldigungen und Schadenersatzansprüche alles seien, was Japan vernünftigerweise verlangen könne. Japan habe trotz der ungünstigen Kritik des Barons Shidehara aus seiner hinsichtlich Politik bessere Ergebnisse erzielt als England und Amerika.

Die in Tokio erscheinende Zeitung „Asahi“ verurteilt in einem Leitartikel, der für die Einstellung der gesamten japanischen Presse bezeichnend ist, die Pankung-Überfälle als einen schwarzen Fleck in der Geschichte des jungen nationalistischen Chinas, gibt aber ihrem Vertrauen Ausdruck, daß Tschangkaischek Ordnung und Disziplin unter den Truppen wiederherstellen und die Uebelthäter bestrafen werde.

Napan, so sagt das Blatt, hat gelitten, aber es wird Tschangkaischek helfen. Japan wird sich nicht von irgendwelchen Leidenschaften hinreißen lassen, sondern wird seinen erklärten Prinzipien mit Beharrlichkeit und kühlem Kopf folgen. Japan ist davon überzeugt, daß die Restaktivität der japanischen Haltung die Aufregung der anderen Nationen mildern und eine gute Wirkung in China haben wird.

Die Reichswehrdebatte im Reichstage.

Berlin, 30. März. Der Bericht des Reichsschuldenausschusses für 1925 wird dem Rechnungsausschuß überwiesen. Der Kometat wird ohne Aussprache in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltes des Reichswehrministeriums fortgesetzt. — Abg. Lunde (Wirtsch. Vereinig.) fordert größere Sicherungen für die Unterbringung der auscheidenden Angehörigen der Reichswehr im Zivildienst. Es müsse besser für Unterbringung der alten gebienten Soldaten im öffentlichen Leben gesorgt werden. Besonders als Beamte solle man sie unterbringen.

Abg. Dr. Moser (Soz.) behandelt das Kapitel der Selbstmorde in der Reichswehr. Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche in der Reichswehr sei von 140 im Jahre 1921 auf 184 im Jahre 1924 gestiegen und sei dann über 165 auf 136 Fälle im Jahre 1926 gesunken. Eines unnatürlichen Todes haben 1921 220 Soldaten, 1924 249 Soldaten und 1926 209 Soldaten. Dagegen schieden durch natürlichen Tod im Jahre 1921 137, 1924 116 und 1926 109 Soldaten aus. Den Angaben der Deereleitung, daß Mißhandlungen durch Vorgesetzte bei den Selbstmorden kaum in Frage kämen, länden seine Freunde skeptisch gegenüber. Geradezu haarträubend seien die Mißhandlungen im Reiter-Regiment 14, Ludwigslust. Gewiß habe man den Feldwebel zu Gefängnis und Degradation verurteilt, aber der Schaden, der durch ihn in dem Regiment angerichtet worden sei, lasse sich nicht wieder gutmachen. Berlin habe die höchste Selbstmordziffer mit 45 Selbstmorden auf 100 000 Einwohner. Bei der Reichswehr seien es viermal so viel. Die Ursache der Selbstmorde liege innerhalb des Systems. Der Redner forderte für die Reichswehr eine bessere Erziehungsmethode nach der staatsbürgerlichen Richtung hin. Wenn man mehr Vertrauen für die Reichswehr verlange, dann müsse man von der Reichswehr, insbesondere von den Offizieren, mehr Vertrauen für die Republik und mehr Vertrauen in die Republik verlangen.

Die 1760 neuen Finanzbeamten.

Der Haushaltsausschuß spricht seine Zustimmung aus.

Berlin, 30. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag des Ausschusses für Kriegsbekämpfungsvorhaben angenommen, der die Reichsregierung ersucht, Kriegsteilnehmer, die einer schweren Gefeskrankheit oder einem sonstigen schweren mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Leiden verfallen sind, im Wege des Härteausgleichs zu helfen, auch wenn der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Leiden und dem Militärdienst nicht ausreichend erwiesen ist.

Es folgte die Beratung der vom Reichsfinanzministerium neu angeforderten 1760 Beamtenstellen im Bereich der Steuerverwaltung. Von Seiten der Reichsregierung wurde die Neuordnung damit begründet, daß die Geschäftslage der Finanzämter überaus bedrohlich sei. Der Haushaltsausschuß bewilligte die neu angeforderten Stellen in vollem Umfang. Damit war die gesamte Etatsberatung des Haushaltsausschusses beendet.

25 Millionen für Kleinrentnerfürsorge.

Der Antrag der Koalition im Sozialausschuß angenommen.

Berlin, 30. März. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurden die Beratungen über die Kleinrentnerfürsorge zum Abschluß gebracht. Der Antrag der Regierungspartei fordert Bereitstellung von 25 Millionen Mark zur Verbesserung der Rentnerfürsorge unter Anferlegung besonderer Bedingungen und Erleichterung für die Kleinrentner. Abg. Koch (Soz.) verlangt ebenso wie die Kommunisten die Ausdehnung der geplanten Erleichterungen auf alle Fürsorgeempfänger. — Frau Dr. Wagh (F. Vp.) legt eine Entschließung der Regierungspartei vor, durch die die Reichsregierung ersucht wird, in eine Beratung über ein besonderes Rentnerversorgungsgesetz einzutreten und dem Reichstag darüber eine Denkschrift vorzulegen. — Ein kommunistischer Antrag forderte die Erhöhung des Betrags auf 150 Millionen Mark. In der Abstimmung wurden nur die Anträge der Regierungspartei angenommen.

Zollzuschläge auf Dumpingimporte!

Ein Reichstagsantrag der Regierungspartei. Berlin, 30. März. Die Koalitionspartei haben im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Reichsregierung ermächtigt, bei Dumping-Einfuhren, und zwar sowohl bei Valuta- als auch Handels-Dumping, Zollzuschläge insbesondere gegenüber solchen Ländern, die ähnliche Maßnahmen ihrerseits anwenden, zu erheben. Der Antrag ist u. a. von den Abgeordneten Wiener- und Domisch-Dresden unterzeichnet.

Belgrad gegen Verhandlungen mit Italien.

Die Stimmung in amtlichen Belgrader Kreisen

Belgrad, 30. März. In amtlichen südslawischen Kreisen wird erklärt, Südslawien lehne direkte Verhandlungen mit Italien ab, sei aber nach wie vor bereit, einer internationalen Untersuchung unter der Leitung des Völkerbundes zuzustimmen. Die Zeitung „Vreme“ schreibt, der letzte Konflikt mit Italien sei eine Lehre für Jugoslawien, das sich im Wiederholungsfall an den Völkerbund wenden müsse. Das Organ der Radikalen Partei erklärt, die Großmächte hätten ein starkes Interesse an der Wahrung der albanischen Selbständigkeit und des Weltfriedens.

Eine permanente Balkankommission.

Zur Vermittlung zwischen Rom und Belgrad. Paris, 30. März. Die Unterredung des englischen Botschafters Lord Crewe mit dem Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amtes, Barthélemy, soll nach dem „Matin“ zu folgendem Ergebnis geführt haben: Das Mandat der geplanten Untersuchungs-Kommission an der jugoslawisch-albanischen Grenze soll ein permanentes sein. Die Kommission würde erst abgerufen werden, sobald sich die gegenwärtige Spannung vollständig gelegt habe. Paris und London werden die direkten Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad begünstigen, und zwar auf der Grundlage der von den beiden Regierungen genehmerten Wünsche. Italien verlange Erleichterungen für eine Staatsangehörigen auf slowenischem Gebiete, wogegen Belgrad einige Milderungen des Vertrages von Tirana anstrebe.

Nach dem „Journal“ kann nach der geistigen Unterredung zwischen dem englischen Botschafter Lord Crewe und Barthélemy nicht mehr von einer Untersuchung im eigentlichen Sinne die Rede sein. Die Entsendung einer Kommission würde nur noch eine bloße Formalität bedeuten. Das Hauptanliegen der französischen und der englischen

Diplomatie sei nunmehr darauf gelenkt, die direkten Verhandlungen zwischen Belgrad und Rom herbeizuführen.

Italien verlangt Untersuchungen in ganz Jugoslawien.

Paris, 30. März. Wie der römische Berichterstatter des „Petit Parisien“ aus zuständiger italienischer Quelle erzählt, stimmt Italien nur unter der Bedingung der Entsendung einer Untersuchungskommission zu, das sich das Mandat dieser Kommission auf das ganze Gebiet von Jugoslawien erstreckt und die Nachforschungen sich auch auf die Arsenale ausdehnen. (F. M.)

Jugoslawische Komitasshis in Albanien.

London, 30. März. Ein Mitglied der albanischen Opposition teilte dem „Times“-Korrespondenten in Stutari bei seiner Rückkehr von Podgoritza mit, daß dort vor drei Tagen Befehle ergangen seien, alle Vorbereitungen für einen bewaffneten Einmarsch vorläufig einzustellen. Die Dementis über die jugoslawischen Vorbereitungen seien im wesentlichen richtig, aber der „Times“-Korrespondent erklärt, im Besitze von Informationen zu sein, daß die ganze Bewegung von Komitasshis und bewaffneten Zivilisten getragen worden sei, die Befehl erhalten hätten, irgendwelche Kämpfe an der Grenze zu vermeiden, um zu warten, bis sie sich auf albanischem Boden befinden, und dadurch den Eindruck zu schaffen, daß es sich um rein innere Unruhestörungen handle.

Verstärkung der russischen Gussstreichkräfte.

Moskau, 29. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort ein Armeebefehl des stellvertretenden Kriegskommissars Unschicht veröffentlicht worden, in dem es heißt, daß die russischen Entschreitkräfte in der nächsten Zeit um das Dreifache verstärkt werden sollen. Nach die chemische Industrie der Sowjetunion müßte...